

Demonstranten fordern die Rettung Schiffbrüchiger

Flüchtlinge – Mahnwache für Solidarität und gegen die Kriminalisierung / Grausame Berichte aus Libyen



Um Solidarität mit den Rettern und den Schutz schiffbrüchiger Flüchtlinge ging es bei der Demonstration beim Rathaus. Foto: Günther

Freudenstadt (wg). Der Kontrast hätte nicht deutlicher sein können: Während auf dem Marktplatz Besucher über den Töpfermarkt flanierten und beim Rathauseingang ein Brautpaar mit Rosenblättern beworfen wurde, versammelten sich weit mehr als 100 meist orange Westen gekleidete Menschen, um für die Rettung der Ertrinkenden im Mittelmeer und für die Straffreiheit der Seenotretter zu demonstrieren.

Wobei es keine laute Demonstration war, sondern eine berührende Mahnwache, die ein Signal für Mitmenschlichkeit setzte. Hauptredner war Michael Bloss, Mitarbeiter von Ska Keller, der Fraktionsvorsitzenden von Greens/Efa im EU-Parla-

ment. Bloss unterstützte die Aktion »Seebrücke – schafft sichere Häfen«. Veranstalter war der Freundeskreis Asyl Freudenstadt.

Die internationale Aktion setzt sich dafür ein, Menschen nicht auf dem Mittelmeer sterben zu lassen. Als symbolisches Zeichen für Seenotrettung wurde Orange, die Farbe der Warn- und Rettungswesten, gewählt. Seit einem Monat gingen Tausende, zum Teil Hunderttausende auf die Straße, um für Menschlichkeit einzustehen und gegen die Kriminalisierung von Rettern zu demonstrieren, sagte Bloss. Er sei stolz, dass es in Freudenstadt so viele Menschen gebe, denen es nicht egal ist, wenn Menschen ertrinken und wenn diejenigen zu Kriminellen gemacht werden, die Menschen retten wollen.

Zwar sei Freudenstadt eine der kleinsten der 31 Städte, in denen zeitgleich demonstriert werde, dies werfe jedoch auf die Stadt, die einst als Zuflucht für Glaubensflüchtlinge gegründet wurde, ein besonders gutes Licht. Stolz sei er auch auf seinen Vater Chris Bloss, der als Vorsitzender des Freundeskreises Asyl die Mahnwache organisiert habe. Michael Bloss hat in Afrika gelebt und Kriege im Ostkongo und in Afghanistan gesehen. Derzeit versuchten Italien und die EU, die Flüchtlingsroute aus Libyen abzuriegeln. Während vor einem Jahr auf dem Mittelmeer noch mehr als ein Dutzend private Rettungsschiffe im Einsatz waren, um Menschen in Seenot zu retten, sitzen die Schiffe nun in Häfen fest und es laufen strafrechtliche Ermittlungen gegen die Besatzungen. Diese Kriminalisierung hat eine traurige Folge: Alleine in den vorigen beiden Wochen ertranken 850 Männer, Frauen und Kinder.

Bloss forderte eine Rückkehr zum Völkerrecht und zur Genfer Konvention: »Die Rettung von Schiffbrüchigen ist unsere Pflicht, und auf das Unterlassen von Hilfeleistung steht Strafe.«

Aus der Perspektive des Kapitäns des Rettungsschiffs Aquarium beleuchtete Jan Vogel, Mitglied im Vorstand des Freundeskreises Asyl Freudenstadt, die aktuelle Notlage. Vogel brachte Informationen aus erster Hand mit, sein Bruder Klaus Vogel war Kapitän der Aquarius, die viele Flüchtlinge rettete.

Völlige Stille herrschte bei der Mahnwache, als Vogel Menschen zitierte, die beim letzten dramatischen Einsatz der Aquarius an Bord waren. Auch die anderen Redner beschrieben eindrücklich, wie groß die Not der zur Flucht entschlossenen Menschen ist und welche grausamen Zustände für Flüchtlinge in Libyen herrschen. Da wurde aus Berichten des Auswärtigen Amtes zitiert, die Sklaverei, Folter, Menschenhandel und »KZ ähnliche Zustände« in dem Land beschreiben. Laut Vogels Bericht wollten Flüchtlinge eher sterben, als in dieses Land zurückgebracht zu werden.

Der Freundeskreis-Vorsitzende Chris Bloss sprach sich vehement dafür aus, dass Menschen im Mittelmeer gerettet und Seenotretter nicht kriminalisiert werden.

Aus christlicher Sicht beleuchtete der Kniebiser Pfarrer Stefan Itzek die Situation: »>Wer sich auf Jesus Christus bezieht, kann nichts anderes sagen, als dass man Menschen, die ertrinken, helfen muss.« Mit dem Lied »We shall overcome« endete die Mahnwache. Dabei nahmen sich die Demonstranten an der Hand.

© Die inhaltlichen Rechte bleiben dem Verlag vorbehalten. Nutzung der journalistischen Inhalte ist ausschließlich zu eigenen, nichtkommerziellen Zwecken erlaubt.